

EURO HEAT&POWER

WÄRME | KÄLTE | KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG



Status quo der
kommunalen Wärmeplanung

iKWP – intelligente
Kommunale Wärmeplanung

Praxisbeispiele

Erweiterung des Netzwerks



Sonderdruck 8150
aus EUROHEAT&POWER
Ausgaben 11–12/2025 bis 10/2026

EURO
HEAT&POWER

Von der Planung in die Praxis

Der erste Meilenstein ist erreicht: Bis zum 30. Juni 2026 mussten alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern eine kommunale



Wärmeplanung vorlegen – und nahezu alle haben dies geschafft. Städte und Gemeinden mit höchstens 100 000 Einwohnern haben noch bis zum 30. Juni 2028 Zeit, doch eine Vielzahl ist bereits fertig oder

hat sich schon auf den Weg gemacht. Das sind gute Nachrichten.

Jetzt heißt es, weiterzugehen. Nachdem der kommunale Wärmeplan steht, gilt es, in die Umsetzung zu kommen. Ziel ist es schließlich, bis 2045 eine klimaneutrale Wärmeversorgung zu erreichen.

Wie wichtig das ist, zeigt uns der extrem heiße Sommer mit leeren Flüssen und brennenden Wäldern. Im Hinblick auf den Klimawandel sind verstärkt Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört eine Kälteplanung, die auf die Kommunen zukommt.

Die Plattform Grüne Fernwärme wird auch dabei unterstützen und ihre wertvollen Erfahrungen gut einsetzen können. Und die EUROHEAT&POWER wird weiterhin kommunikativ unterstützen, indem sie in jeder Ausgabe Wissenswertes von der Plattform Grüne Fernwärme veröffentlicht und dies einmal im Jahr in einem Sonderdruck zusammenstellt. Viel Spaß beim Lesen der fünften Ausgabe!

Silke Laufkötter

Chefredakteurin
der EUROHEAT&POWER

Raus aus dem Wartezimmer der Wärmewende

Getreu dem Motto „Solange es uns gut geht, können wir Gutes tun“ haben sich viele Kommunen, Versorger und Unternehmen auf den Weg gemacht, den Klimaschutz aktiv voranzubringen. Doch was passiert, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schwieriger werden? Bleibt die Wärmewende dann noch eine Priorität?

Meine Antwort ist ein klares Ja. Jede Kilowattstunde Wärme aus regionalen und erneuerbaren Energiequellen stärkt die Wertschöpfung vor Ort, erhöht die Versorgungssicherheit und reduziert Abhängigkeiten. Gleichzeitig schafft sie langfristig stabile Rahmenbedingungen für Kunden und Kommunen. Klar ist aber auch: Der Umbau der Wärmeversorgung muss finanziert werden. Neben Förderprogrammen gewinnen deshalb Bürgerinnen und Bürger zunehmend als Finanzierungspartner an Bedeutung. Nicht Betroffene sein, sondern Gestalter werden – das ist eine gute Perspektive.



Mit dem angekündigten Wärmenetzzpaket werden wichtige Hemmnisse abgebaut und zusätzliche Spielräume geschaffen. Das ist ein wichtiger Schritt und kann zum Beschleuniger der Wärmewende werden. Gleichzeitig bleibt die Regulierung des Wärmesektors komplex und stellt insbesondere Kommunen vor große Herausforderungen. Um die vorhandenen Möglichkeiten erfolgreich zu nutzen, sind erheblicher Aufwand, Fachwissen und nicht zuletzt personelle Ressourcen erforderlich.

Besonders deutlich wird dies bei der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW). Projektentwickler benötigen oft viel Geduld, bevor Förderbescheide vorliegen und Investitionen angestoßen werden können. Dadurch verzögern sich wichtige Vorhaben, obwohl die technischen Lösungen häufig längst bekannt sind und die Projekte vor Ort dringend benötigt werden.

Ein Blick auf das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) zeigt, dass es auch einfacher gehen kann. Hier können Projekte zügig umgesetzt werden, während die Förderung nach erfolgreicher Realisierung beantragt wird. Das spart Zeit, reduziert Bürokratie und senkt Kosten. Davon profitieren Unternehmen, Kunden und Steuerzahler gleichermaßen.

Die BEW ist zweifellos für die Fernwärme das wichtigste Förderinstrument. Gerade deshalb muss die Nutzung z. B. analog des KWKG vereinfacht werden. Der Staat sollte hier auch keine Sorgenfalten bekommen, denn entscheidend bleibt für Unternehmen, dass Projekte wirtschaftlich sinnvoll sind und den Kunden einen echten Mehrwert bieten.

Auch die Plattform Grüne Fernwärme leistet weiterhin ihren Beitrag und zeigt in 15 Projekten, wie eine kommunale Wärmeplanung strukturiert und erfolgreich entwickelt werden kann. Unser Ziel ist es, die Wärmewende trotz aller Komplexität einfacher, schneller und erfolgreicher und gewonnene Erfahrungen für andere Akteure nutzbar zu machen. Es liegt an uns allen, die Wärmewende praktikabel zu gestalten. Also: raus aus dem Wartezimmer und ran in die Wärmewendeprojekte!

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre dieses Sonderdrucks.

Stefan Ertle

EnBW Energie Baden-Württemberg AG und Vorsitzender des Projektkreises 1 im Expertenkreis Stadtentwicklung des AGFW

Status quo der kommunalen Wärmeplanung – Wo stehen wir?

Was ist der Stand der kommunalen Wärmeplanung (kWP) und wie geht es mit den formulierten Wärmeplänen weiter? Erhalten die Gemeinden die notwendigen Werkzeuge, um die Umsetzung ihrer Wärmepläne voranzutreiben? Verfügen die Versorger über ausreichende Ressourcen, um ihren Beitrag zu leisten? Diese Fragen schärfen den Blick auf den Status quo.

Der letzte Fachaufsatz dieser Art fing mit folgenden Worten an: „Seit 21 Monaten ist das Wärmeplanungsgesetz (WPG) in Deutschland in Kraft. Seitdem hat es verschiedene Umsetzungen des WPG auf Landesebene gegeben. Viele Städte und Gemeinden haben sich auf den Weg gemacht, die kommunale Wärmeplanung anzugehen, oder haben diese bereits durchgeführt.“¹⁾

Nun, knapp 33 Monate nachdem das WPG in Kraft getreten ist, ist es an der Zeit, die Entwicklung erneut zu reflektieren. Neben dem Fortschritt der kWP ist auch zu untersuchen, in welchem Umfang Maßnahmen tatsächlich ergriffen werden – und ob Wärmepläne wirksam umgesetzt werden, statt als Papiertiger in der Schublade zu enden.

Die erste Frist für die Großstädte – kleinere Orte folgen 2028

Gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1 WPG mussten bis zum 30. Juni 2026 alle Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern in Deutschland eine kWP vorlegen. Dabei handelt es sich um die 80 Großstädte Deutschlands, in denen etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung lebt. Gemessen an der Gesamtzahl der Gemeinden in Deutschland machen diese 80 Großstädte rd. 0,7 % aus.

Bis auf wenige Ausnahmen wurden die kWP fristgerecht vorgelegt. In den Ausnahmefällen konnten

Wärmepläne häufig noch nicht beschlossen werden, weil die entsprechenden Ratssitzungen noch nicht stattgefunden hatten.

Für Städte und Gemeinden mit höchstens 100 000 Einwohnern steht gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 2 WPG als nächste Frist der 30. Juni 2028 an. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Gemeinden nicht schon mit der Wärmeplanung begonnen haben können. Laut Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) in Halle haben bereits 44 % der mittelgroßen Gemeinden²⁾ eine kWP vorgelegt und 45 % befinden sich im Prozess. Bei den kleinen Gemeinden³⁾ sind 31 % bereits fertig und 30 % in der Durchführung.⁴⁾

Bild 1 zeigt, dass sich viele Gemeinden frühzeitig mit der Aufgabe befasst haben. Dies gilt auch für Bundesländer, in denen die landes-

¹⁾ vgl. Maaß, G.: Status quo der kommunalen Wärmeplanung: Wo steht diese? In Sonderdruck 8005 aus EURO-HEAT&POWER Ausgaben 11-12/2024 bis 09/2025, S. 3 – 9, Frankfurt am Main, 2025.

²⁾ Mittelgroße Gemeinden umfassen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von 10 000 bis 100 000.

³⁾ Kleine Gemeinden sind Gemeinden mit unter 10 000 Einwohnern.

⁴⁾ vgl. Status quo der Kommunalen Wärmeplanung, Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende, Stand August 2026, www.kww-halle.de/praxis-kommunale-waermewende/status-quo-der-kwp, zuletzt abgerufen am: 17.08.2026.

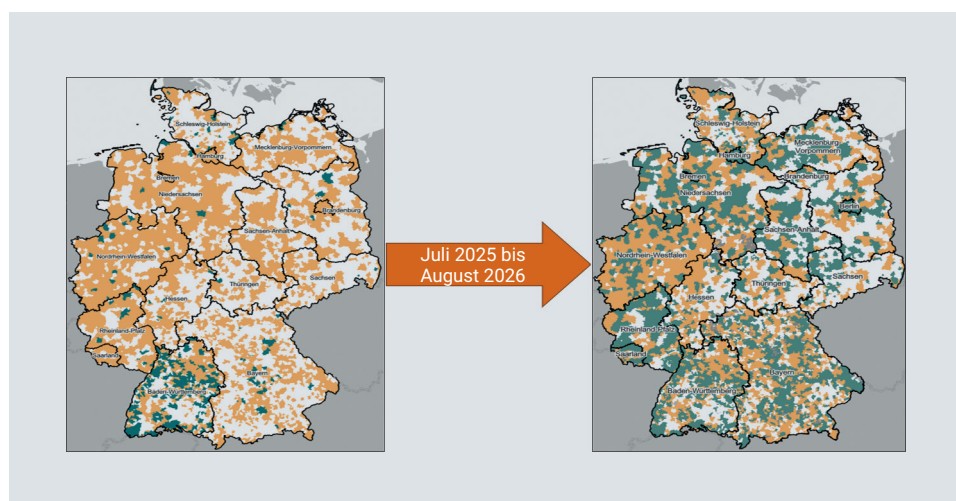


Bild 1. Fortschritt der kWP zwischen Juli 2025 und August 2026: abgeschlossene kWP (grün), in der Durchführung befindliche Gemeinden (gelb) und Gemeinden, deren Status unbekannt ist (weiß); unbewohnte und damit unbepflante Gebiete sowie das Ausland sind grau eingefärbt, Stand August 2026

Quelle: Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende, URL: <https://experience.arcgis.com/experience/480e8a1a8b564fd8b389e30aaeae4565>, abgerufen am 17.08.2026

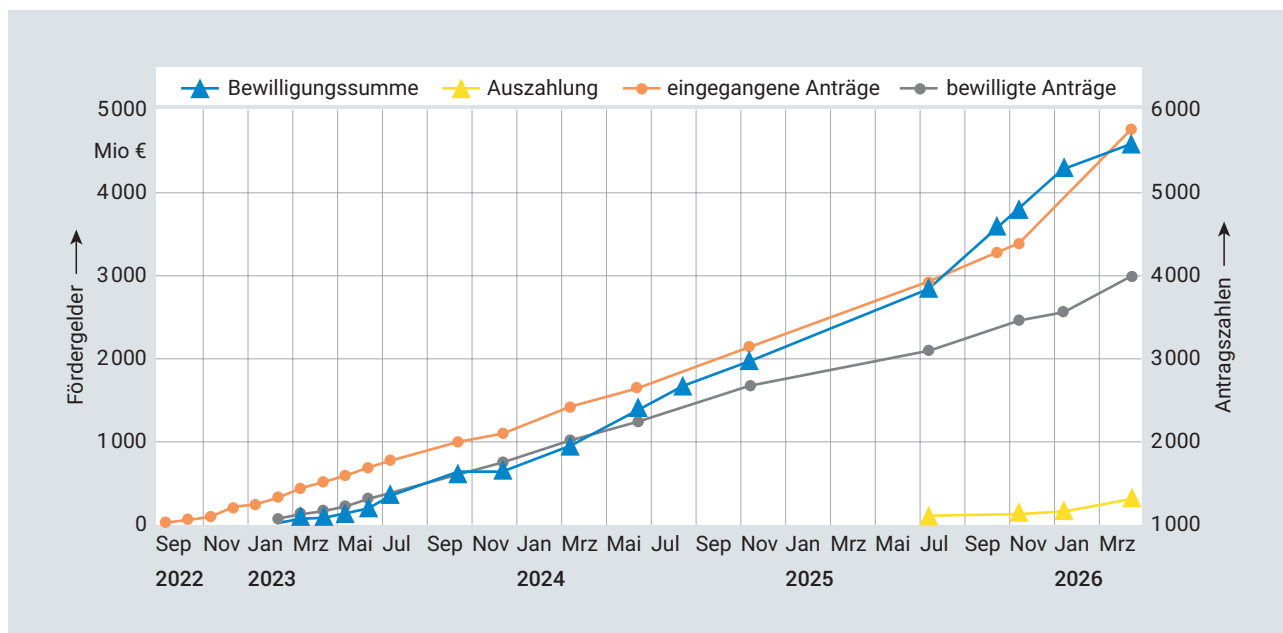


Bild 2. Eingegangene Anträge, bewilligte Anträge und Fördergelder von September 2022 bis April 2026 (kumuliert)

Quelle: BAFA Ref. 514, Stichtag 27.07.2025, 07.07.2025, 15.11.2024, 21.06.2024 (Mittel) und 10.06.2024 (Anträge), 28.01.2026, 27.04.2026; BMWK, Stichtag 02.04.2024, 27.10.2025 und 10.11.2025, Stornos und Ablehnungen sind in den Antragszahlen nicht berücksichtigt

rechtliche Umsetzung des WPG erst später vorgenommen wurde, etwa Sachsen-Anhalt, oder noch aussteht, wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Nach der kWP ist vor der Umsetzung

Sobald eine Gemeinde ihren Wärmeplan vorgelegt und beschlossen hat, ergeben sich weitere Aufgaben. Diese definiert die Gemeinde im Rahmen der Umsetzungsstrategie, die Bestandteil der fertigen kWP ist. Ein Blick in Anlage 2 des WPG zeigt: Die Gemeinde muss einen umfangreichen Maßnahmenkatalog formulieren. Dieser definiert die Zeithorizonte geplanter Maßnahmen, beschreibt die einzelnen Maßnahmen eindeutig nach Art und Umfang und legt fest, wie der Fortschritt überwacht wird. Die Zeit zwischen Fertigstellung der kWP und der ersten Überprüfung bzw. Fortschreibung lässt sich daher als Umsetzungs- und Monitoringphase bezeichnen.

So kann eine Gemeinde als ersten Schritt gemeinsam mit relevanten

Akteuren wie einem Versorger Machbarkeitsstudien für mögliche Wärmenetze durchführen. Sie kann Flächen sichern, auf denen perspektivisch Erzeugungsanlagen errichtet werden sollen, und eigene Baumaßnahmen mit dem Auf- oder Ausbau eines Wärmenetzes abstimmen. Zudem kann sie die energetische Sanierung kommunaler Gebäude vorantreiben und eine Beratungsstelle für Gebäudeeigentümer schaffen.

Ziel der Umsetzungsstrategie ist es, gemeinsam mit den zentralen Akteuren – Versorgern, Wohnungswirtschaft und weiteren Beteiligten – Bürgern fortlaufend Orientierung zu geben. So soll nachvollziehbar werden, wie bis zum Zieljahr 2045 eine klimaneutrale Wärmeversorgung erreicht werden kann.

Wie sieht es auf der Umsetzungsebene aus?

Teil 3 des WPG richtet sich an die Betreiber von Wärmenetzen. Danach muss die jährliche Nettowär-

meerzeugung in neuen Wärmenetzen, die seit dem 1. März 2025 in Betrieb genommen wurden, zu mindestens 65 % aus erneuerbaren Energien oder unvermeidbarer Abwärme stammen. In bestehenden Wärmenetzen muss dieser Anteil bis 2030 auf mindestens 30 % und bis 2040 auf mindestens 80 % steigen.

Ein Indikator für die Fortschritte bei diesen Anforderungen ist die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW). Die dem AGFW vorliegenden Zahlen aus Bild 2 zeigen, dass 44 Monate nach Einführung der Förderung fast 6000 Anträge eingegangen und mehr als 3500 davon bewilligt worden waren. Die Bewilligungssumme belief sich auf über 4,5 Mrd. €.⁵⁾ Bei genauerer Differenzierung der Zahl der Anträge wie in Bild 3 dargestellt ist zu erkennen, dass der Neubau und die Transformation sich etwa paritätisch verteilen und dass Einzel-

⁵⁾ vgl. T. Roth, BEW Masterclass, Fachtage Fernwärme Kassel, April 2026.

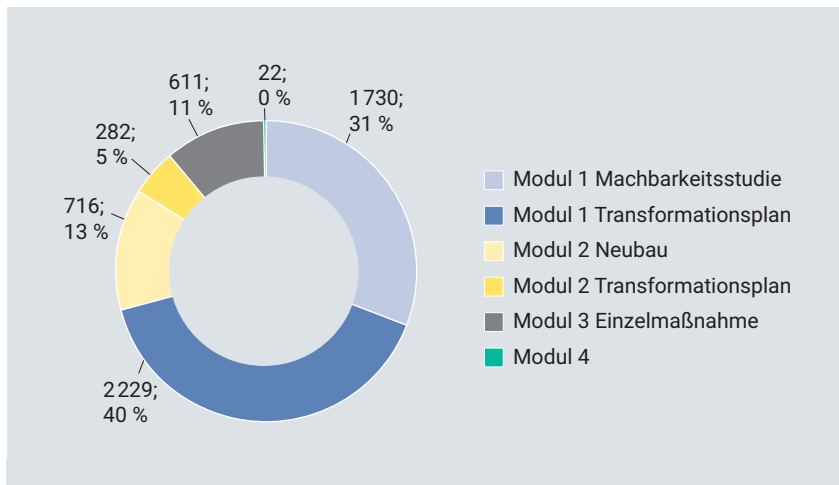


Bild 3. Aufteilung der BEW-Anträge nach Modulen von September 2022 bis April 2026
Quelle: BAFA Ref. 514, Stichtag 27.04.2026

maßnahmen und etwaige Betriebskostenförderungen noch hinzukommen.

Ein weiterer Gradmesser ist die Statistik der nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) aus-

gezahlten Zuschüsse. Für die Jahre 2020 bis 2024 zeigt Tafel 1, dass Zuschüsse in Höhe von rd. 1,2 Mrd. € gewährt wurden. Die umfangreich ausgezahlten Zuschüsse unterstreichen, dass das KWKG ein von der Branche intensiv genutztes Instrument ist. Es sollte daher – ebenso wie die BEW – dauerhaft in einem verlässlichen Rahmen zur Verfügung stehen. Die Branche nimmt die Aufgabe sichtbar an und arbeitet intensiv an ihrer Umsetzung.

Finanzierung der Transformation

Förderung und Zuschüsse sind ein Teil der Lösung. Sie müssen jedoch verlässlich ausgestaltet sein. Denn Versorger werden künftig – und

Inbetriebnahme	Maßnahmenart	Neubau	Ausbau	Netzzusammenchluss	Netzverstärkung	Umstellung Heizdampf auf Wasser	Anbindung einer KWK-Anlage	Maßnahmenkombination	Gesamt
2024	Anzahl	151	546	14	5	10	6	43	775
	Trassenlänge [km]	137,19	343,95	3,80	7,13	3,18	22,72	52,58	570,54
	KWK-Zuschlag [Mio. €]	37,42	157,29	7,73	3,75	1,65	10,25	29,67	247,76
2023	Anzahl	203	626	25	8	8	14	42	926
	Trassenlänge [km]	159,57	395,56	9,70	6,68	4,79	18,21	45,07	639,57
	KWK-Zuschlag [Mio. €]	50,44	153,31	28,21	6,88	4,02	18,00	26,11	286,97
2022	Anzahl	229	580	18	5	6	10	14	862
	Trassenlänge [km]	146,28	373,24	8,70	5,04	4,58	11,11	19,49	568,43
	KWK-Zuschlag [Mio. €]	48,87	138,37	10,75	4,64	6,01	11,66	13,51	233,80
2021	Anzahl	233	539	30	12	8	10		832
	Trassenlänge [km]	191,87	295,60	12,48	14,71	5,57	14,02		534,25
	KWK-Zuschlag [Mio. €]	53,67	102,28	15,40	16,96	5,93	13,89		208,23
2020	Anzahl	249	516	28	9	8	10		820
	Trassenlänge [km]	209,56	319,24	12,96	3,72	5,09	9,17		559,46
	KWK-Zuschlag [Mio. €]	56,01	126,30	22,84	2,34	5,74	2,06		215,29

Tafel 1. Durch das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) zugelassene Wärme-/Kältenetze nach Maßnahmenart und Inbetriebnahmejahren

Quelle: BAFA Ref. 525, Stand 01.07.2026

teils bereits heute – zusätzliche Finanzierungsinstrumente benötigen, um große Investitionsvolumina bewältigen zu können.

Stadtwerke gelten aufgrund ihrer kommunalen Trägerschaft häufig als bonitätsstark. Investitionen wurden in der Vergangenheit deshalb weitgehend über Bankkredite finanziert. Vielerorts wird jedoch kritisch gesehen, ob künftig weiterhin ausschließlich auf Fremdfinanzierung durch Bankkredite gesetzt werden kann. Eine alleinige Fremdfinanzierung könnte zentrale Kennzahlen wie die Eigenkapitalquote und den dynamischen Verschuldungsgrad bereits in wenigen Jahren erheblich belasten.

Daher kann eine Außenfinanzierung, also die Aufnahme von Eigenkapital aus externen Quellen, erforderlich sein. Ein Beispiel sind Genussrechte: Profitable und nachhaltige Anlagen, etwa Erzeugungsanlagen, können in eine separate Projektgesellschaft ausgegliedert werden. Diese kann als Kapitalnehmerin Genussrechte emittieren und regional vertreiben. Die Kapitalgeber, beispielsweise Bürgerinnen und Bürger aus der Region, erhalten für die Überlassung ihres Kapitals eine Verzinsung, deren Höhe von der wirtschaftlichen Entwicklung der Projektgesellschaft abhängt. Klassische Teilhaberechte, etwa Stimmrechte, werden dagegen nicht eingeräumt.

Ein Vorteil besteht darin, dass regional nachgefragte Genussrechte die Akzeptanz der finanzierten Projekte stärken können. Zudem verbleiben die daraus resultierenden Erträge zumindest teilweise in der Region. Beispielhaft steht hierfür die Initiative der Stadtwerke Heidelberg: Mit der Bürgerbeteiligung „Heidelberg Klima-Invest“ wurde privates Sparvermögen für die Dekarbonisierung mobilisiert.

An anderen Orten arbeiten Städte und Stadtwerke mit Kommunal-

krediten. Dabei nimmt eine Stadt einen Kredit zu kommunalen Konditionen auf, die in der Regel deutlich geringer ausfallen als Konditionen für Normalverbraucher oder juristische Personen, da die Gemeinde immer existent und solvent ist. Die Kommune kann die Mittel ihrem Stadtwerk als Mezzanine-darlehen⁶⁾, vor allem als Nachrangdarlehen, zur Verfügung stellen oder eine Eigenkapitaleinlage leisten. Dadurch kann die Eigenkapitalbasis gestärkt werden und der Versorger kann weiteres Fremdkapital für seine Vorhaben zu besseren Konditionen aufnehmen.

Unabhängig davon, wie Versorger ihre Projekte künftig finanzieren, können auch die Bundesländer unterstützen: Staatliche Bürgschaften und Garantien können Fremd- und Eigenkapitalfinanzierungen zu tragfähigen Zinssätzen erleichtern. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass Versorger weiterhin sozialverträgliche Wärmepreise anbieten können. Neben verlässlichen Förderinstrumenten braucht es deshalb auch geeignete Absicherungsinstrumente.

Der AGFW befasst sich in seiner Gremienstruktur im Bereich Stadtentwicklung intensiv mit solchen Fragestellungen, um seinen Mitgliedern einen konkreten Mehrwert zu bieten.

Novellierung WPG

Das geltende WPG setzt europäische Anforderungen aus den Erneuerbare-Energien-Richtlinien (RED II und RED III), der Energieeffizienzrichtlinie (EED) und der EU-Gebäude-richtlinie (EPBD) bislang nur teilweise in nationales Recht um. Dies bildet den Hintergrund der derzeit geplanten Novellierung des WPG. Die Bundesregierung plant im Kern eine Verfahrensnovelle. Im Mittelpunkt stehen eine deutlich vereinfachte Wärmeplanung für kleine

Gemeinden, neue Datenschutzregelungen und eine Kälteplanung für größere Kommunen.⁷⁾

Gemeinden mit höchstens 15 000 Einwohnern – das betrifft knapp 90 % aller deutschen Gemeinden – sollen künftig unmittelbar auf Grundlage des Bundesgesetzes eine „kleine Wärmeplanung“ durchführen können. Jede Kommune kann jedoch weiterhin freiwillig das vollständige, reguläre Verfahren wählen. Nach Einschätzung der Bundesregierung soll sich der Aufwand der „kleinen Wärmeplanung“ auf rd. 20 % einer regulären Wärmeplanung reduzieren. Die Grundlage dieser Einschätzung ist bislang nicht bekannt.

Die „kleine Wärmeplanung“ bedeutet nicht, dass auf einen Wärmeplan verzichtet wird. Erforderlich bleiben vor allem

- eine kommunale Entscheidung über die Durchführung des Verfahrens,
- die Prüfung möglicher Versorgungsoptionen,
- die Formulierung konkreter Umsetzungsmaßnahmen und einer Umsetzungsstrategie,
- die Veröffentlichung eines Wärmeplans,
- eine mindestens 30-tägige Beteiligung sowie
- spätere Überprüfungen und Fortschreibungen.

⁶⁾ Hierbei handelt es sich um ein nachrangiges Darlehen, das eine Mischform aus Eigenkapital und Fremdkapital ist.

⁷⁾ Zum Zeitpunkt der Formulierung des Fachaufsatzes war der Gesetzentwurf noch nicht beschlossen. Dieser wurde am 25. Juni 2026 erstmals im Bundestag beraten und an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Der Bundesrat hat am 10. Juli 2026 umfangreiche Änderungswünsche vorgelegt. Als nächster konkreter Schritt ist für den 8. September 2026 eine öffentliche Sachverständigenanhörung im Bundestag angesetzt. Danach folgen Ausschussberatung sowie voraussichtlich zweite und dritte Lesung.

Im vereinfachten Verfahren wird das Gemeindegebiet grundsätzlich als Gebiet für eine dezentrale Wärmeversorgung dargestellt. Liegen jedoch konkrete Anhaltspunkte für eine leitungsgebundene Versorgung vor, wird ein Teilgebiet als Prüfgebiet ausgewiesen. Ein „Prüfgebiet Wärmenetz“ kommt vor allem in Betracht, wenn

- bereits ein Wärmenetz vorhanden ist,
- die Wärmebedarfsdichte einen wirtschaftlichen Betrieb erwarten lässt,
- erneuerbare Wärme oder unvermeidbare Abwärme verfügbar ist oder
- geeignete Groß- und Ankerkunden vorhanden sind.

Der zweite wesentliche Teil der Novellierung betrifft die Kälteplanung. Art. 25 Abs. 6 der EED verpflichtet Mitgliedstaaten zur Erstellung lokaler Wärme- und Kältepläne (local heating and cooling plans) und sah hierfür eine Harmonisierung bis Oktober 2025 vor. Diese europäische Vorgabe ist bislang nicht vollständig umgesetzt und soll nun mit der Novellierung aufgegriffen werden.

Kommunen mit mehr als 45 000 Einwohnern sollen im Rahmen der ersten Fortschreibung ihres Wärmeplans zusätzlich eine Kälteversorgungsplanung durchführen. Erfasst werden sollen bestehende und potenzielle Großverbraucher von Kälte, bestehende Kältenetze, kombinierte Wärme- und Kältenetze sowie Gebiete mit hoher Hitzebelastung. Außerdem sollen Potenziale der Abwärmenutzung und erneuerbar erzeugter Kälte ermittelt sowie Maßnahmen zur Minderung des Kühlbedarfs formuliert werden. Damit würden die Vorgaben der europäischen Energieeffizienzrichtlinie vollständig umgesetzt.

Im Vorfeld des Novellierungsentwurfs wurde darüber spekuliert, ob die Fristen für die Vorlage und die

Fortschreibung von Wärmeplänen bestehen bleiben: Dies ist der Fall. Der geringere Aufwand der „kleinen Wärmeplanung“ soll Gemeinden mit der Frist 30. Juni 2028 die Erstellung einer kWP erleichtern.

Ausblick

Unabhängig vom weiteren Gesetzgebungsverfahren bleibt eines klar: Die Versorger haben bereits erhebliche Summen in den Umbau und die Dekarbonisierung der leitungsgebundenen Wärmeversorgung investiert. Dennoch wird der Investitionsbedarf in den kommenden Jahren weiter deutlich steigen. Die staatlichen Rahmenbedingungen müssen deshalb langfristig tragen und unabhängig von Legislaturperioden verlässlich bleiben.

Auch wenn eine kWP weiterhin keine unmittelbare rechtliche Außenwirkung entfaltet, formuliert sie in vielen Gemeinden den Anspruch, perspektivisch auf eine dekarbonisierte, grüne Wärmeversorgung zu setzen. Um Bürgern, zugleich als Verbrauchern, eine verlässliche Orientierung zu geben, sollten sich vor Ort dauerhafte Gremien bilden. Gemeinde, Versorger, Wohnungswirtschaft und weitere Akteure müssen zusammen an einer effizienten Umsetzung arbeiten.

Für die tatsächliche Umsetzung einer Maßnahme ist am Ende ein abgestimmtes Zusammenspiel notwendig: kommunale Gebietsausweisung, Investitionsentscheidung des Versorgers, zügige Genehmigungsverfahren, geklärte Wege-rechte, belastbare vertragliche Vereinbarungen zwischen Gemeinde und Versorger, ein verlässlicher Förderrahmen sowie eine ausreichende Anschlussquote.

Das WPG identifiziert auf einer übergeordneten Ebene u. a. neue oder erweiterte Wärmenetze und formuliert hierfür technische Anforderungen. Es finanziert diese

Vorhaben jedoch nicht. Fördermittel wie die BEW und Zuschüsse nach dem KWKG müssen daher gesetzlich abgesichert werden. Darüber hinaus sollte der Staat geeignete Finanzierungsmodelle durch Bürgschaften und Garantien flankieren.

Offen bleibt schließlich die Frage der dauerhaften Finanzierung von Fortschreibung, Monitoring, Kälteplanung und weiteren Folgeaufgaben. Für den Einstieg hatte der Bund 500 Mio. € bereitgestellt. Welche Mittel künftig den Gemeinden zur Verfügung stehen, die in der Regel nur begrenzte Haushalts-spielräume haben, ist weiterhin zu klären.

Gunnar Maaß
stellv. Bereichsleiter
Stadtentwicklung des
AGFW, stellv. Leiter der
Plattform Grüne Fern-
wärme, AGFW Der Ener-
gieeffizienzverband für
Wärme, Kälte und KWK e. V.,
Frankfurt a. M.

g.maass@agfw.de
www.agfw.de
www.gruene-fernwaerme.de



Praxisleitfaden „Kommunale Wärmeplanung“ geht mit der Zeit: Entwicklung geht weiter



Die Energie- und Wärmewende erfolgreich umzusetzen ist eine zentrale Aufgabe der gesamten Versorgungswirtschaft. Vor diesem Hintergrund hatten sich bereits 2020 zwei maßgeblich in dieser Branche aktive Verbände zusammengetan. Der AGFW und der DVGW veröffentlichten noch vor dem Erscheinen des ersten Wärmeplanungsgesetzes (WPG) ihren Praxisleitfaden „Kommunale Wärmeplanung“ (kWp). Primäres Ziel der Verbände war, Gemeinden bei der Konzeptionierung ihrer Versorgungszukunft wichtiges Know-how an die Hand zu geben.

Auf Basis dieses Leitfadens sollten Rathäuser und Gemeinden von der kleinen Landgemeinde bis hin zur Großstadt mit den Grundvoraussetzungen für eine gelungene kWp ausgestattet werden. Und so führten AGFW und DVGW schon im Jahr 2023 deutschlandweit knapp 100 Veranstaltungen im regionalen, kommunalpolitischen Umfeld durch, auf denen sie auf die bevorstehende Gesetzeslage vorbereiteten.

Vielerorts führte die gesetzlich verordnete Planungsaufgabe zu Diskussionen und wurde als große Herausforderung aufgenommen. Während manche größeren Gemeinden z. B. bereits einen hohen Ausbaugrad von Wärmenetzen vorweisen können, gibt es viele kleinere Gemeinden, die aus verschiedenen Gründen lokal bisher nur geringfügig die erneuerbaren Energien nutzen. Der Gesetzgeber hat darauf reagiert, indem unterschiedliche Fristen, bis zu denen die Wärmepläne fertiggestellt sein sollten, in das seit dem 1. Janu-

ar 2024 gültige Gesetz geschrieben wurden.

So mussten Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern bereits zum 30. Juni 2026 ihre Wärmepläne fertiggestellt haben. Ein Großteil dieser Städte hat inzwischen auch abgegeben, aber es bleibt festzustellen, dass auch für Großstädte das Aufstellen einer machbaren, versorgungssicheren und resilienten kWp nicht zu den einfachen Hausaufgaben gehört. Unter den Gemeinden, die bis 30. Juni 2028 Zeit haben, ihre Wärmeplanung abzuschließen, gibt es unterdessen auch immer mehr erfolgreiche Meldungen: Laut KWW Halle hat inzwischen ungefähr ein Drittel aller Kommunen die kWp abgeschlossen.

In dieses Umfeld stieß der Regierungswechsel 2025, der die maßgeblich aus der Feder der Ampelregierung stammende Gesetzgebung einer Prüfung unterzog und weiterhin unterzieht. Das WPG erfährt aktuell eine Novelle, das ehemals tiefgründig mit dem WPG verzahnte Gebäudeenergiegesetz (GEG) wurde bereits zu einem Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) umgeändert und auch ein Wärmenetzpaket befindet sich weiterhin in der Debatte.

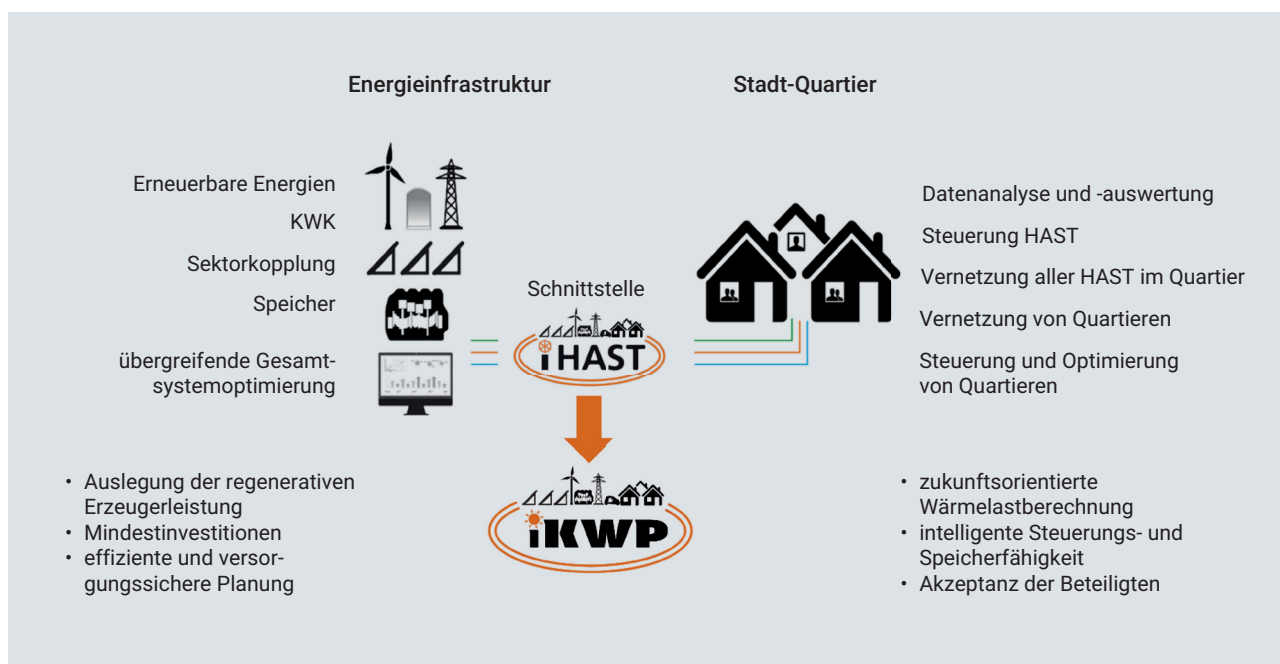
Die Partner des Praxisleitfadens kWp, zu denen seit der ersten Aktualisierung 2024 auch der vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. und der vtw (Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V.) gehören, haben sich wegen dieser Entwicklungen entschieden, die nächste Aktualisierung in Angriff zu nehmen. Dabei geht es bei weitem nicht nur um die Anpassung an die Regulatorik. Da ungefähr zwei Drittel der Gemeinden mit der kWp zumindest begonnen haben, kann flächendeckende Kenntnis der ers-

ten Schritte des Planungsprozesses vorausgesetzt werden. Gleichzeitig stellt sich oft heraus, dass manch kommunaler Wärmeplan seine Endlage in einer Schublade findet, weil die Umsetzung der in der kWp entwickelten Szenarien nicht mitgedacht wurde.

Deswegen ist es für die Verbände an der Zeit, die Schublade der Erfahrungswerte zu öffnen. Denn im Autorenteam kann inzwischen auf rd. 30 abgeschlossene Planungen aus dem gesamten Bundesgebiet zurückgegriffen werden. Dabei können aus Akteurssitzungen, Ausschussterminen und öffentlichen Fragerunden viele Schlüsse gezogen werden, wie der weitere Prozess in geordneten Bahnen organisiert werden kann. Aus den Praxiserfahrungen wird ein erweitertes Kapitel zur Umsetzung von kommunalen Wärmeplänen entwickelt. Natürlich werden auch die Regelungen des GModG und die prospektierten Inhalte der WPG-Novelle, wie die kommunale Kälteplanung, in den Praxisleitfaden eingearbeitet.

Auch der neue Praxisleitfaden wird wieder in den inzwischen erstellten Regelwerksbausteinen zur kWp, die auf der Webseite des AGFW verfügbar sind, eingebettet. Mit dieser Kombination wird kommunalen Aufgabenträgern und Versorgungsunternehmen ein Hilfsmittel an die Hand gegeben, mit dem effiziente und versorgungssichere Wärmeplanungskonzepte umgesetzt werden können. Dabei wird darauf Wert gelegt, dass auch kleinere Gemeinden mit weniger als 15 000 Einwohnern die Mindestanforderungen an eine kWp mit überschaubarem Aufwand erfüllen können. Der aktualisierte Leitfaden soll zeitnah vorliegen.

Thomas Wencker, AGFW
www.agfw.de/kwp



Im Forschungsprojekt iKWP – intelligente Kommunale Wärmeplanung werden die Wechselwirkungen zwischen Klimawandel, energetischer Gebäudesanierung und intelligenten Wärmetechnologien für eine nachhaltige effiziente Planung untersucht

Quelle: AGFW

iKWP – intelligente Kommunale Wärmeplanung

Die kommunale Wärmeplanung (kWP) ist ein zentrales Instrument für die Transformation der Wärmeversorgung in Deutschland. Gleichzeitig verändern Klimawandel, energetische Gebäudesanierungen und intelligente Wärmetechnologien den zukünftigen Wärmebedarf und stellen Kommunen sowie Fernwärmenetzbetreiber vor neue planerische und betriebliche Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund wurde das Forschungsprojekt iKWP – intelligente Kommunale Wärmeplanung initiiert.

Ziel des Projekts ist es, anhand konkreter kWP-Projekte das Gesamtsystem Wärme hinsichtlich der zukünftigen Anforderungen zu untersuchen und konkrete Kennzahlen im Hinblick auf die Mindestinvestitionen im Transformationsprozess Wärme zu geben.

Im Detail sind dies vor allem der sich im Kontext der Klimaveränderung entwickelnde Wärmebedarf und die damit verbundene zukünftige Heizlast, die Speicherfähigkeit des Gesamtsystems einschließlich

Gebäude zur Erreichung einer hohen Flexibilität bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit beim Kunden und die damit verbundenen digitalen Regelungsansätze. Daraus sollen belastbare Methoden für eine zukunftsorientierte kWP und für die Weiterentwicklung bestehender zentraler Wärmesysteme abgeleitet werden.

Die aus dem AGFW-Projekt „iHAST – Intelligente Fernwärme-Hausanschlussstationen“ aus dem Jahr 2020 gewonnenen Erkennt-

nisse werden aufgegriffen und auf die Anforderungen des iKWP-Projekts übertragen. Dabei liefern intelligente Hausstationen wichtige Ansätze für die operative Optimierung des Gesamtsystems Wärme (gebäude- wie netzseitig). Durch digitale Regelungsstrategien, Lastverschiebungen und die Nutzung der thermischen Speicherfähigkeit im System können Lastspitzen reduziert und vorhandene Erzeugungs- und Netzkapazitäten effizienter genutzt werden.

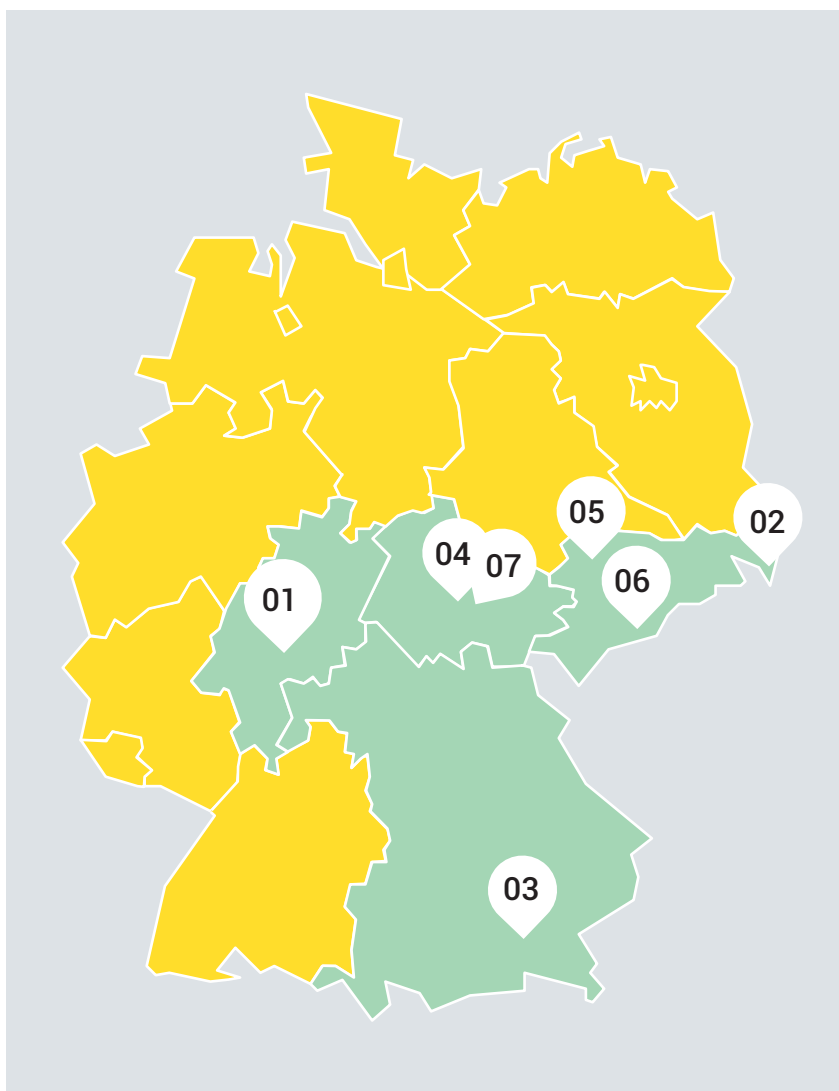


Bild 1. Regionen und Städte, die im Rahmen des Projekts untersucht werden
1 Fernwald, 2 Olbersdorf, 3 Kolbermoor, 4 Weida/Bad Lobenstein,
5 Leipzig mit den Gebieten Lindenau und Südvorstadt, 6 Chemnitz, 7 Erfurt

Quelle: AGFW

Zusätzlich fließen Grundlagen des AGFW mit ein. Hierzu gehören vor allem die Arbeitsblätter AGFW FW 701 und FW 702 sowie der Praxisleitfaden Kommunale Wärmeplanung von AGFW, DVGW, vdw und vtw. Diese Regelwerke und Arbeitshilfen unterstützen die strukturierte Erfassung und Bewertung von Wärmebedarfen, Wärmenetzpotenzialen und möglichen Versorgungsoptionen.

Gemeinsam mit den Projektpartnern aus den AGFW-kWP-Projekten wurden repräsentative Untersuchungsgebiete ausgewählt (Bild 1).

Die betrachteten Gebiete unterscheiden sich hinsichtlich Gebäudestruktur, Baualtersklassen, Wärmebedarf und Versorgungsstruktur und ermöglichen dadurch eine praxisnahe und auf andere Orte übertragbare Untersuchung. Dafür werden einheitliche Gebäudetypen und Baualtersklassen auf Grundlage der IWU- und Tabula-Systematik festgelegt und eine standardisierte Excel-Datenbank für die Datenerhebung und Auswertung entwickelt. Ergänzend wurden Testreferenzjahre des Deutschen Wetterdienstes (DWD) ausgewertet, um die Aus-

wirkungen zukünftiger klimatischer Veränderungen auf Außentemperaturen, Wärmebedarf und Heizlasten zu berücksichtigen.

Basierend auf den Gebäude- und Bewohnerzahlen der Gebiete werden Wärmelastberechnungen für die individuellen Gebäude und Testreferenzjahre durchgeführt. Unter Berücksichtigung der Gleichzeitigkeit der Wärmenachfrage (probabilistische Verteilung) werden diese verwendet, um Lastprofile der Fernwärmenachfrage für die Gebiete und Jahre zu erzeugen.

Der Vergleich der Last- bzw. der Jahresdauerlinien für die Wetterjahre 2015 und 2045 zeigt die Auswirkungen des Klimawandels auf. Die auf Basis des DWD 2045 zu erwartende geringere Wahrscheinlichkeit tieferer Außentemperaturen bewirkt eine Reduktion der Fernwärmelast um 9 bis 11 % und eine Reduktion der Fernwärmenachfrage um 23 % im Jahresverlauf. Wird dies in die heutige Planung von Wärmenetzen bzw. der installierten Wärmeerzeugungsleistung im Rahmen der kWP einbezogen, kann dadurch eine Überdimensionierung der Erzeugungsanlagen vermieden und eine bedarfsgerechte Erschließung der Potenziale erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung vorgenommen werden.

Herausforderungen ergeben sich bis zum Jahr 2045 immer dann, wenn niedrigere Außentemperaturen eintreten, als im Auslegungsfall vorgesehen sind. Handlungsstrategien beim oder im Vorfeld der Unterschreitung der Auslegungstemperatur können eine reduzierte, mit den Bewohnern abgestimmte Innentemperatur von z. B. 19 °C sein oder eine prädiktive intelligente Lastbeeinflussung durch aktive Nutzung der Speicherfähigkeit der Gebäude und der Brauchwarmwasserspeicher zur Reduktion von Lastspitzen.

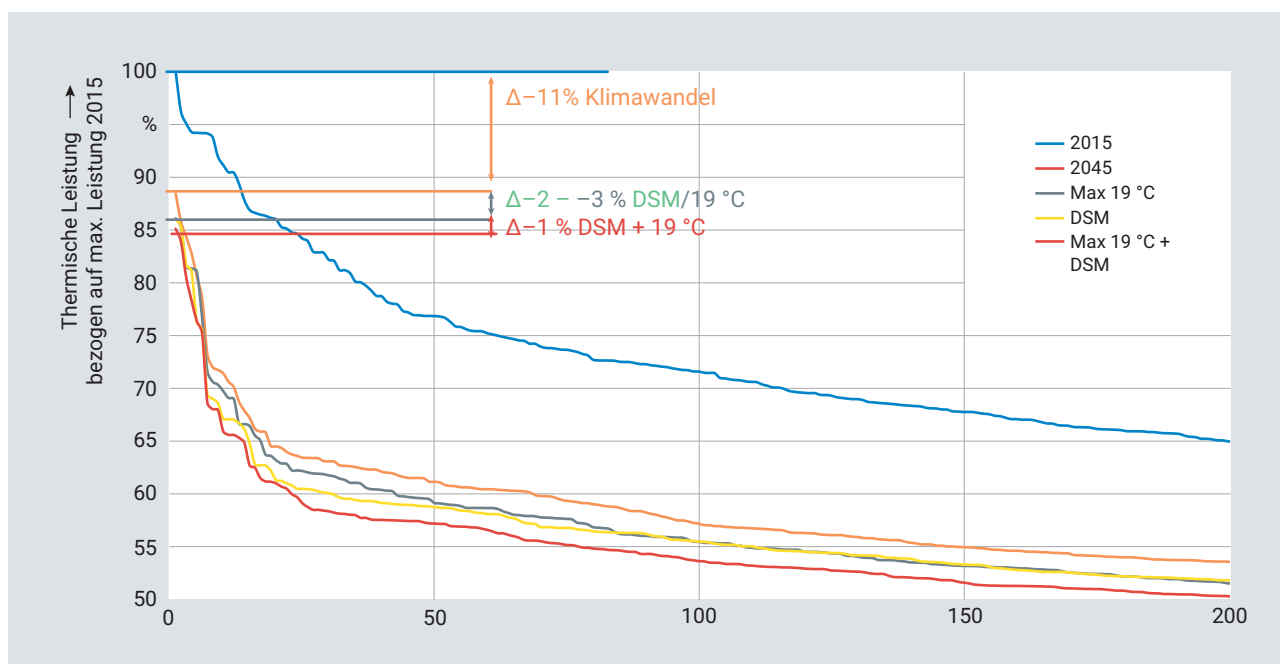


Bild 2. Jahresdauerlinie der Fernwärmenachfrage bezogen auf 2015 mit Klimawandel (2045) + Reduktion der Innentemperatur auf 19 °C (max. 19 °C) + Demand Side Management (DSM) und in Kombination (max. 19 °C + DSM)

Quelle: IER

Die ersten theoretischen Analysen intelligenter Steuerungsalgorithmen, die die beiden Handlungsstrategien einbeziehen, zeigen, dass dadurch Rückwirkungen auf das Lastprofil der Fernwärmenachfrage der Gebiete erzielbar sind. So ergibt sich im Fall des Wärmenetzgebiets von Kolbermoor eine Reduktion der Fernwärmelast durch Einbeziehung des Klimawandels von 11 % (Bild 2). Eine Vergleichsmäßigung der Last könnte eine weitere Reduktion um zwei Prozentpunkte, eine Absenkung der Innentemperatur um drei Prozentpunkte bewirken. Die Kombination aller Effekte bewirkt eine Reduktion der Last um insgesamt 15 % gegenüber der heutigen Auslegung.

Aktuell

- werden weitere Strategien der intelligenten Demand-Side-Management-Steuerung entwickelt,
- werden die wirtschaftlichen Effekte einer Nichtberücksichtigung des Klimawandels bewertet,
- wird überprüft, inwieweit diese Entwicklung in den mit dem

Stand der Technik verbundenen Normen berücksichtigt werden kann, und

- die Untersuchung auf die anderen repräsentativen AGFW-kWP-Projektgebiete ausgeweitet.

Als weiterer Entwicklungsschritt ist ein iKWP-Feldversuch vorgesehen. Dabei sollen die im Projekt entwickelten Methoden und die Verbindung zwischen kommunaler Wärmeplanung, intelligenten Hausstationen und netzdienlichen Regelungsstrategien unter realen Bedingungen untersucht werden. Ziel ist es, die wissenschaftlichen Ansätze in die Praxis zu überführen und daraus konkrete Handlungsempfehlungen für Kommunen und Fernwärmeversorger abzuleiten.

Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt.-Ing. Harald Rapp
Bereichsleiter Stadtentwicklung, AGFW Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V., Frankfurt a. M.
h.rapp@agfw.de



Albert Ngueudeu, B. Eng.
Stadtentwicklung, AGFW Der Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und KWK e. V., Frankfurt a. M.
a.ngueudeu@agfw.de
www.agfw.de
www.gruene-fernwaerme.de



Prof. Dr.-Ing. Markus Blesl
Abteilungsleiter Systemanalytische Methoden und Wärmemarkt, IER Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart, Stuttgart
markus.blesl@ier.uni-stuttgart.de
www.ier.uni-stuttgart.de



Praxisbeispiele der kommunalen Wärmeplanung in Hessen

Der AGFW begleitet derzeit die kommunale Wärmeplanung (kWP) in verschiedenen hessischen Städten und Gemeinden. Die Erkenntnisse aus diesen Projekten fließen in den Praxisleitfaden „Kommunale Wärmeplanung“ ein und sollen anderen Kommunen als Orientierung dienen. Während einige Vorhaben bereits 2024 gestartet sind, haben andere Kommunen ihre Planungsprozesse erst in den vergangenen Monaten angestoßen.

In der Gemeinde Fernwald läuft die kommunale Wärmeplanung seit Anfang 2025. Die Ergebnisse der Bestandsanalyse und die Potenzialanalyse wurden der Öffentlichkeit und den zentralen Akteuren präsentiert. Mittlerweile befindet sich das Projekt auf der Zielgeraden. Nach Abschluss der Abstimmungen wird die kWP finalisiert und veröffentlicht. Sämtliche Zwischenergebnisse sowie der fertige Wärmeplan sollen anschließend auf der Internetseite der Gemeinde zugänglich sein.

Ebenfalls Anfang 2025 startete die Gemeinde Wettenberg mit ihrer kommunalen Wärmeplanung. Die Bestandsanalyse wurde inzwischen abgeschlossen und die lokalen Potenziale wurden erfasst. Aktuell stehen die Entwicklung von Szena-



Auftakttreffen für die kommunale Wärmeplanung der Gemeinde Fernwald, die sich inzwischen auf der Zielgeraden befindet

Quelle: AGFW

rien und die Bewertung möglicher künftiger Versorgungsoptionen im Mittelpunkt der Arbeiten.

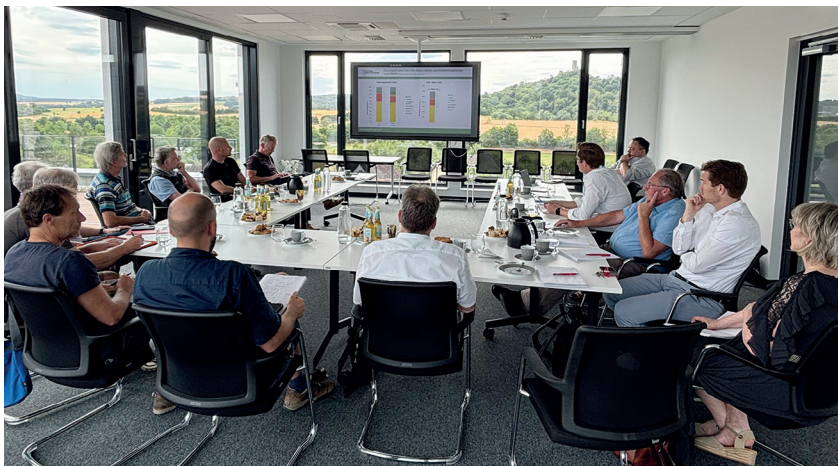
Neben den Gemeinden sind auch Städte mitten im kWP-Prozess. Die Stadt Lich hat frühzeitig gehandelt. Obwohl Städte dieser Größenordnung erst bis zum 30. Juni 2028 zur Vorlage eines Wärmeplans verpflichtet sind, wollte die Stadt Planungssicherheit schaffen. Die Ergebnisse der Bestandsanalyse, darunter Daten zum Wärmebedarf, zu den vorhandenen Heizsystemen und den damit verbundenen Treib-

hausgasemissionen, wurden bereits öffentlich vorgestellt. Nach Abschluss der Datenerhebung soll zeitnah die Potenzialanalyse vorgenommen werden.

Die Stadt Aßlar legt besonderen Wert auf Transparenz und Bürgerkommunikation. Über eine eigene Projektwebsite und mit einem speziell entwickelten Logo wird regelmäßig über Fortschritte informiert. Ergänzend zu öffentlichen Informationsveranstaltungen fanden Gespräche mit lokalen Akteuren statt. Vor allem die Energieversorger werden eng eingebunden, um tragfähige und praxisnahe Lösungen zu erarbeiten. Die Bestands- und Potenzialanalyse sind bereits abgeschlossen. Derzeit werden konkrete Szenarien für eine klimaneutrale Wärmeversorgung einzelner Quartiere und Gebiete entwickelt.

Die meisten der Projekte werden zum Jahresende fertig sein. Mit der kWP als Orientierungshilfe können weitere Prüfungen und Machbarkeitsstudien erstellt werden, um konkrete Bestandteile der Planungen näher zu betrachten und gegebenenfalls umzusetzen.

www.gruene-fernwaerme.de



Auch in Wettenberg ist das Einbinden sämtlicher Akteure ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung

Quelle: AGFW

Abschluss der kommunalen Wärmeplanung in Oberaudorf und Kolbermoor

Zur Überprüfung seines Regelwerks und Leitfadens begleitet der AGFW derzeit mehrere Kommunen bundesweit bei der Erstellung kommunaler Wärmepläne. Ende Mai wurden die Projekte in der Gemeinde Oberaudorf und in der Stadt Kolbermoor – beide im oberbayerischen Landkreis Rosenheim – erfolgreich abgeschlossen. In Kolbermoor übergab das Experten-konsortium des AGFW den kommunalen Wärmeplan an Bürgermeister Thomas Rothmayer und Klimaschutzmanager Thomas Ertl. In Oberaudorf erhielt den Abschlussbericht Bürgermeister Dr. Matthias Bernhardt, der sich für die gute Zusammenarbeit mit dem AGFW-Team bedankte.

Projektleiter Harald Rapp, zugleich Leiter der Plattform Grüne Fernwärme des AGFW, bedankte sich ebenfalls bei Bernhardt und Josef Schweinsteiger von den Gemeindewerken Oberaudorf und zog ein positives Fazit: „Mit der kommunalen Wärmeplanung geben die Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern sowie weiteren Akteuren vor Ort eine wertvolle Orientierung, in welchem Gemeindeteil sich künftig welche Art der Wärmever-

sorgung besonders anbietet. Mit unserem Regelwerk und dem Leitfaden unterstützen wir Kommunen und Versorger vor Ort bei der Wärmeplanung. Es war uns deshalb sehr wichtig, unsere Instrumente einem Praxis-Check zu unterziehen. Dieser hat gezeigt, dass wir mit unseren Bausteinen grundsätzlich gut aufgestellt sind, wir haben aber auch Erfahrungen gesammelt, die uns zeigen, wo wir das Regelwerk noch verbessern können.“

Als wichtigen Erfolgsfaktor für das Gelingen der Wärmeplanung und der Wärmewende vor Ort sieht Rapp nach wie vor die enge Einbeziehung der lokalen Versorger. In Oberaudorf war dies vor allem die Innergie, bei deren Geschäftsführer Jakob Schober sich das AGFW-Team ebenfalls herzlich bedankte. Für die Stadt Kolbermoor waren dies die Stadtwerke Rosenheim und die Innergie.

„Damit aus der Wärmeplanung kein Papiertiger wird, sondern ein realitätsnahes Konzept, das den Menschen in ihren Planungsentscheidungen weiterhilft, müssen Versorger, Kommune und weitere Akteure Hand in Hand arbeiten“, so Rapp. Sowohl in Oberaudorf als

auch in Kolbermoor ist dies gelungen.

Im Ergebnis enthält der Wärmeplan der Stadt Kolbermoor u. a. fünf Gebiete, in denen das bestehende Wärmenetz verdichtet sowie in den kommenden Jahren ausgebaut werden kann – immer vorausgesetzt, dass sich genügend Eigentümer an das Netz anschließen. „Um den nötigen Anschlussgrad zu erreichen, werden die Stadt und der Versorger die aktive Kommunikation und Beteiligung der Bürger und Akteure fortsetzen, die im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung begonnen wurde“, so Rapp.

Nachdem viele Kommunen inzwischen mit der Erarbeitung kommunaler Wärmepläne begonnen haben, verschiebt sich der Fokus mehr und mehr in Richtung der Umsetzung konkreter Schritte, beispielsweise in der Errichtung oder Erweiterung von Wärmenetzen. Im nächsten Schritt wird der AGFW die Kommunen und Versorger auch bei dieser wichtigen Phase weiter begleiten, um in den kommenden Jahren entsprechende Erfahrungen für die Verbandsarbeit und das Regelwerk zu sammeln.

www.gruene-fernwaerme.de



Erfolgreicher Abschluss des Projekts in Oberaudorf: das AGFW-Konsortium mit Innergie-Geschäftsführer Jakob Schober (l.), Bürgermeister Dr. Matthias Bernhardt (2. v. l.) und Josef Schweinsteiger (2. v. r.)

Quelle: AGFW



Klimaschutzmanager Thomas Ertl (3. v. r.) und Kolbermoors Bürgermeister Thomas Rothmayer (r.) nehmen den fertigen Wärmeplan vom Bearbeitungskonsortium in Empfang

Quelle: AGFW

Cuxhavener zeigen großes Interesse an grüner Fernwärme

„Energie neu denken – gemeinsam die Wärmewende meistern“ lautete das Thema des Frühjahrsdialogs in Cuxhaven, bei dem die Zukunft der Wärmeversorgung aus erneuerbarer Energie im Mittelpunkt des Austauschs stand. Mehr als 90 Gäste aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft diskutierten gemeinsam zentrale Fragen der regionalen Energiewende. In Grußworten und fachlichen Impulsvorträgen beleuchteten die Referenten unter-

schiedliche Perspektiven auf die Wärmewende – darunter auch Harald Rapp, Leiter der Plattform Grüne Fernwärme.

Als Experte für Wärmenetze und kommunale Transformationsprozesse begleitet er seit vielen Jahren Städte und Gemeinden bei der praktischen Umsetzung der Energiewende. Rapp zeigte auf, wie kommunale Wärmeplanung in der Praxis gelingen kann, und formulierte dabei eine klare Leitlinie: „Er-

folgreiche kommunale Wärmeplanung bedeutet, komplex zu denken, aber einfach zu handeln.“ Ergänzend stellte er fest: „Entscheidend ist eine realisierbare Umsetzungsstrategie, die alle relevanten Akteure einbindet.“

Zu der Veranstaltung eingeladen hatte Forte Energie. Das AGFW-Mitgliedsunternehmen informiert im Raum Cuxhaven mit einer breit angelegten Informationskampagne über sein Angebot grüner Fernwärme. Mit großem Erfolg: Mehrere Tausend Bürger haben sich bereits aktiv über die Möglichkeiten einer nachhaltigen Wärmeversorgung vor Ort informiert.

Forte Energie betreibt ein Biomassekraftwerk in Cuxhaven und leistet damit einen Beitrag zur regionalen Wärmewende. Dr. Thomas Kalkau, Geschäftsführer des Unternehmens, kündigte beim Frühjahrsdialog an, dass Forte Energie den Ausbau erneuerbarer Energien weiterentwickeln wolle – u. a. mit dem geplanten Einsatz einer Meerwasserwärmepumpe als ergänzende Technologie für eine nachhaltige Wärmeversorgung.

www.gruene-fernwaeirme.de



Die Referenten und Grußredner des Frühjahrsdialogs – darunter Harald Rapp (Mitte), Bereichsleiter Stadtentwicklung beim AGFW und Leiter der Plattform Grüne Fernwärme, und Dr. Thomas Kalkau (2. v. r.), Geschäftsführer Forte Energie

Quelle: Forte Energie

Neue Videoreihe „Wärmewende erklärt“

Die Wärmewende ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Damit sie gelingen kann, muss sie von möglichst vielen Menschen mitgetragen werden. Um darüber zu informieren, Akzeptanz zu schaffen und das breite Spektrum an Lösungsmöglichkeiten und Handlungsansätzen zu zeigen, hat der AGFW im Rahmen seiner Plattform Grüne Fernwärme eine neue Videoreihe gestartet. In dem Format „Wärmewende erklärt“ kommen Experten verschiedenster Fachrichtungen zu Wort, die von ihren Erfahrungen rund um die Wärmewende aus der Praxis berichten. Die zwei- bis dreiminütigen Clips sind auf der Plattform Grüne Fernwärme zu sehen.

www.gruene-fernwaeirme.de

Grüne Fernwärme
Kommunale Wärmeplanung
Werkzeugkasten
Netzwerke
Produktinfos
Green DH Factory
Aktuelle

Wärmewende erklärt
Start / Grüne Fernwärme / Wärmewende erklärt

Grüne Fernwärme
Die Plattform
Erneuerbare Energien
Kraft-Wärme-Kopplung
Wasserstoff
Wärmewende erklärt

Wärmewende erklärt:
Deutschland möchte seine Wärme klimaneutral gestalten. Bis alle Heizungen CO₂ neutral sind, müssen sie ineinandergreifen. Die Wärmewende gelingt nur gemeinsam. Hier sind Erzeuger, Netzbetreiber, Kommunen und Politik gefragt. Ein solches großes Projekt wirft viele Fragen auf. Technische Besonderheiten, neue Erzeugungsmöglichkeiten, Digitale Systeme, Netze – für jeden Bereich gibt es Expertinnen und Experten. In der Videoreihe „Wärmewende erklärt“ beantworten sie Fragen zu den Themen Wärme und Energie.

Was ist die "Plattform Grüne Fernwärme"?
Wärmewende erklärt: Entstehung der Plattform Grüne Fernwärme
AGFW | Der Energieeffizienzverbund für Wärme, Kälte und KWK 2. V.

Plattform unterstützt Energiewende-Radtour

Die Blicke wirksam auf erneuerbare und effiziente Energielösungen lenken: Mit diesem Ziel legten bis zu 60 Radfahrer vom 29. Juni bis 5. Juli 2026 zwischen Münster und Schwerin knapp 600 km zurück. Unterwegs wurde an 35 spannenden Stopps gehalten, die ganz unterschiedliche Beiträge zur Transformation des Energiesystems leisten. Dabei rückten vielerorts Wärmenetze in den Fokus, deren vielfältige Erzeugungsstruktur auch erfahrene Mitfahrende überraschte. Die Plattform Grüne Fernwärme unterstützte die vom Landesverband Erneuerbare Energien Nordrhein-Westfalen (LEE NRW) bereits zum sechsten Mal organisierte Fahrradtour „Energiewende erFAHREN“ 2026 erstmalig.

Biogasanlagen

Vor allem Biogasanlagen aus den 2000er-Biogasboom-Jahren verfügen immer häufiger über die Technik, die im Blockheizkraftwerk (BHKW) anfallende Abwärme nicht wegzukühlen, sondern für eine grüne Wärmeversorgung zu nutzen. Nicht weniger als sechs Biogasanlagen mit grünem Wärmenetz wurden besucht. Und die Betreiber berichteten gerne von ihren Erfahrungen. So empfahl Johannes Hinkamp von der Biogasanlage Bersenbrück, die das Wärmenetz in dem ländlichen Ort im Süden Niedersachsens versorgt, bei der Planung von Wärmespeichern stets so groß wie möglich zu denken, was sich im späteren Betrieb sicher rentieren würde.

Andreas Rasche, mit der Rasche & Weßler GmbH Betreiber des Wärmenetzes in dem mehr als 4.000 Einwohner zählenden Dorf Alfhausen, stellte fest, dass es nichts resilienteres als Fernwärme gäbe. Denn nach einem Brand in der Erzeu-



Biogasanlagen gehörten zu den 35 Energieprojekten, die die Teilnehmer der Fahrradtour „Energiewende erFAHREN“ besuchten. Quelle: Thomas Wencker/AGFW

gungshalle lief der Ersatzbetrieb binnen 24 Stunden, und diese Zeit konnte mit der in Leitungen und Gebäuden gespeicherten Wärme leicht überbrückt werden. Dass die BHKW an allen besuchten Biogasanlagen stromnetzgeführt und damit hochflexibel betrieben wurden, war beinahe nur eine Randnotiz.

Kommunale Betriebe

Jenseits der ländlichen Regionen waren auch kommunale Betriebe Ziel der Energiewende-Radtour. Nach dem Start in Münster, wo die städtischen Abfallwirtschaftsbetriebe ihren Anlagenpark für eine Wärmeversorgung der nahegelegenen Stadt weiterentwickeln, wurde u. a. am Energiebunker Hamburg Wilhelmsburg gehalten. In diesem alten Luftschutzbunker wurde schon 2013 ein Wärmespeicher installiert, der Abwärme eines Unternehmens, Solarwärme vom Dach des Bunkers und ab Ende 2026 auch die erste Geothermiewärme Hamburgs für die spätere Nutzung im Wärmenetz von Wilhelmsburg bereithält. Hinter Hamburg stoppte die Tour u. a. an einer gerade in Betrieb gehenden, neuen Müllverbrennungsanla-



Wärmeverteilstation der Biogasanlage Alfhausen, die das Wärmenetz versorgt. Quelle: Christine-Buse/LEE NRW

ge in Stapelfeld sowie an der größten Solarthermieranlage Schleswig-Holsteins der Stadtwerke Lübeck in Lübeck-Moisling.

Die vollständige Zusammenstellung der Stopps und Botschaft wurde im „Goldenen Buch der Energiewende 2026“ festgehalten. Der Download ist unter <https://msl.lee-nrw.de/energiewendeerfahren26/> verfügbar.

Thomas Wencker, AGFW
www.gruene-fernwaerme.de

Raubling: Großes Interesse an der kommunalen Wärmeplanung



Mehr als 150 Bürger nahmen an der Informationsveranstaltung in Raubling teil

Quelle: AGFW

Derzeit begleitet der AGFW bundesweit mehrere kommunale Wärmeplanungen. Der Verband möchte dadurch den gemeinsam mit dem DVGW erarbeiteten Praxisleitfaden zur kommunalen Wärmeplanung sowie die Regelwerksbausteine FW 701 und FW 702 einem Praxis-Check unterziehen.

Eine Erkenntnis aus der Arbeit der vergangenen Monate: Die Kommunikation rund um die Wärmeplanung und die Sensibilisierung von Bürgern und lokalen Akteuren spielt bei der späteren Umsetzung konkreter Maßnahmen eine entscheidende Rolle. Nur wenn die Orientierungsfunktion der Planung frühzeitig erkannt und damit bei-

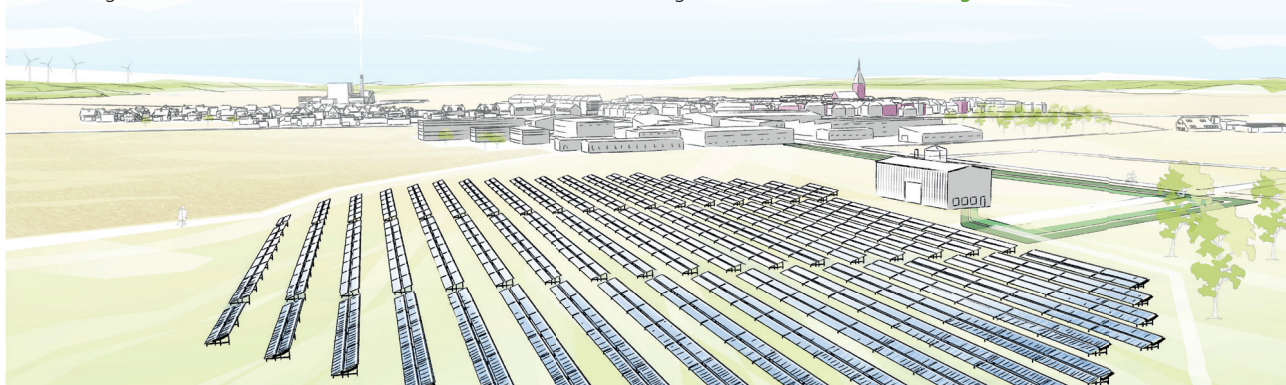
spielsweise das Interesse geweckt wird, sich an ein Wärmenetz anzuschließen, bringt die Wärmeplanung einen konkreten Nutzen für die Menschen vor Ort.

Umso erfreulicher ist es daher, wenn die Informationsveranstaltungen von den Bürgern gut besucht sind und viele Fragen an die Fachexperten gestellt werden. So geschah dies Ende November 2025 beispielsweise in Raubling, einer Gemeinde im oberbayerischen Landkreis Rosenheim. Mehr als 150 Besucher waren der Einladung von Bürgermeister Olaf Kalsperger in die Gemeindehalle gefolgt.

Harald Rapp, AGFW-Bereichsleiter Stadtentwicklung und Leiter der

Plattform Grüne Fernwärme, erläuterte an diesem Abend den Zuhörern den aktuellen Stand der Wärmeplanung und gab einen Ausblick auf die folgenden Schritte. Die Bestandsanalyse ist in Raubling abgeschlossen, derzeit untersucht das Expertenkonsortium, welche Potenziale erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet vorhanden sind. Dazu werden auch die Erfahrungen lokaler Akteure einbezogen. In der Folge werden verschiedene Szenarien analysiert, bevor die Gemeinde sich auf ein Zielszenario und konkrete Umsetzungsmaßnahmen festlegt.

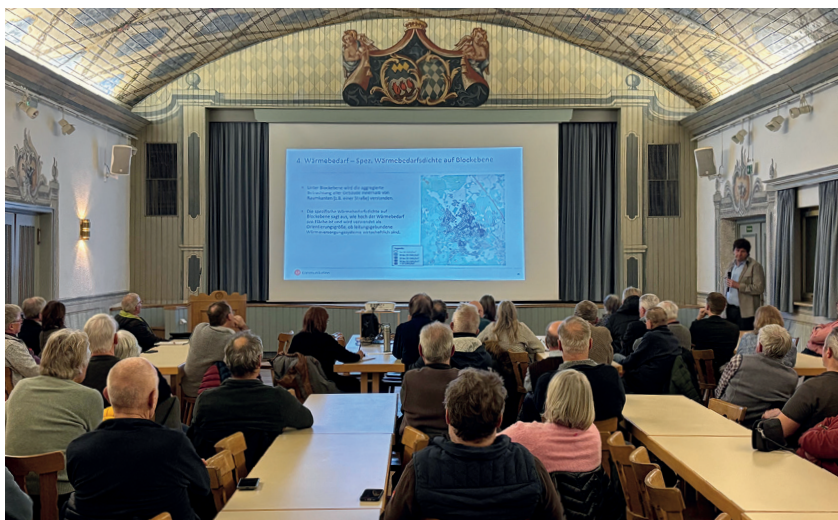
www.gruene-fernwaerme.de



Startschuss für kommunale Wärmeplanung in Brannenburg

In Kooperation mit der Plattform Grüne Fernwärme berät derzeit ein Expertenkonsortium die Gemeinde Brannenburg im oberbayerischen Landkreis Rosenheim bei der kommunalen Wärmeplanung. Nun fiel im Rahmen einer ersten Veranstaltung auch der offizielle Startschuss in Richtung der Bürger. Mitglieder des Konsortiums stellten die Ziele und den Ablauf der Planungen vor und erläuterten, wie der fertige Wärmeplan später von Immobilien-eigentümern, Unternehmen und der Kommune genutzt werden kann.

Wichtiges Erfolgskriterium für die Umsetzung konkreter Maßnahmen ist die enge Einbindung der Versorger. Vertreter der im Landkreis Rosenheim tätigen Innergie GmbH begleiteten die Veranstaltung und standen im Anschluss ebenfalls für Fragen zur Verfügung.



Mitglieder eines Expertenkonsortiums informierten Bürger der Gemeinde Brannenburg über die kommunale Wärmeplanung

Quelle: AGFW

Im nächsten Schritt untersucht das Konsortium die Potenziale erneuerbarer Energien und analysiert verschiedene denkbare Szenarien für die Gemeinde. Die Bürger sowie

weitere lokale Akteure werden im Rahmen des Prozesses weiter aktiv eingebunden.

www.gruene-fernwaerme.de

Anzeige

www.gruene-fernwaerme.de

PLATTFORM
GRÜNE FERNWÄRME

Besuchen Sie uns!

Grüne Fernwärme Kommunale Wärmeplanung Werkzeugkasten Netzwerke Produktatlas Green DH Factory Aktuelles

Plattform Grüne Fernwärme – jetzt mitmachen!



Initiatoren des norddeutschen Netzwerks der Plattform Grüne Fernwärme (v. l.): Christopher Martin, Pressesprecher des AGFW, Fabian Klieser, Enercity-Kommunalmanager, Peter Okrei, Vertriebsleiter von Enercity Contracting, Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung und Wissensmanagement beim AGFW, sowie Gunnar Maaß, stellvertretender Leiter der Plattform Grüne Fernwärme

Quelle: Jannis Bach/Enercity

Norddeutsches Netzwerk der Plattform startet

Mit einer Auftaktveranstaltung beim Energieunternehmen Enercity in Hannover hat das norddeutsche Netzwerk der Plattform Grüne Fernwärme des AGFW seine Arbeit aufgenommen. Die Plattform umfasst derzeit elf Netzwerke in sieben Bundesländern und bringt erfahrene Akteure mit verantwortlichen Vertretern aus Kommunen persönlich zusammen.

„Ziel der Plattform Grüne Fernwärme ist es, durch Vernetzung und Praxiserfahrungen anderen Kommunen den Weg zu klimaneutraler Wärme zu ebnen. Wir haben Paten, die von ihren Erfahrungen berichten und wichtige Multiplikatoren für weitere Städte und Gemeinden sind“, sagt Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung und Wissensmanagement beim AGFW und Leiter der Plattform Grüne Fernwärme.

Für das norddeutsche Netzwerk in Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein hat Enercity die Patenschaft übernommen. Das Unternehmen aus Hannover setzt schon lange auf grüne Fernwärme als Schlüssel für die nachhaltige urbane Wärmeversorgung der Zukunft und hat gemeinsam mit kommunalen Partnern die Wärmewende in der niedersächsischen Landeshauptstadt schon weit vorangetrieben. „Wir freuen uns darauf, unsere Expertise und Erfahrungen in das neue Netzwerk einzubringen“, sagt Mathias Timm, Bereichsleiter Kommunale Angelegenheiten bei Enercity. „Gemeinsam werden wir die Wärmewende in Norddeutschland zielgerichtet und effizient vorantreiben.“ Als Pate des norddeutschen Netzwerks ist Enercity erster Ansprechpartner für kommunale Vertreter in der Nähe.

Flankiert werden die Netzwerktreffen der Plattform mit Online-Inhalten, die auf die Bedarfe der Kommunen zugeschnitten sind. Dieser „Werkzeugkasten der Wärmewende“ bietet allen teilnehmenden Kommunen eine erste Orientierung bei der grünen Wärmeversorgung. In Form kurzer Videos bietet „Wärmewende erklärt“ Informationen von Experten der Branche. Die Seite bietet Hintergrundwissen zum Praxisleitfaden und den Regelwerken AGFW FW 701 und AGFW FW 702. Neben den Netzwerkpaten finden die Kommunen im Produktatlas der Plattform Grüne Fernwärme auch den direkten Kontakt zu Fachplanern und Dienstleistern der Fernwärmebranche sowie unter „Green DH Factory“ weitere Ansätze zur Vergrünung der Wärme.

www.gruene-fernwaerme.de

Netzwerkpate Reinhard Wunder im Gespräch

Die SWU Energie GmbH ist neues Mitglied des Netzwerks Baden-Württemberg der Plattform Grüne Fernwärme. Als Pate engagiert sich Reinhard Wunder, Fachgebietsleitung Senior Projektentwickler Fernwärme. Mit ihm sprach die Redaktion der EUROHEAT&POWER.

EHP: Die SWU wollen sich in die Plattform Grüne Fernwärme einbringen. Was ist Ihr Anliegen, Ihr Ziel?

Wunder: Die SWU möchte ein aktiver Wegbegleiter der regionalen Wärmewende sein. Wir wollen erster Ansprechpartner in der Region sein.



Reinhard Wunder ist Pate des Netzwerks Baden-Württemberg

Daher ist es uns wichtig, uns über komplexe Fragestellungen auszutauschen, um so gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln zu können.

EHP: Was versprechen Sie sich für Ihr Unternehmen von dem Netzwerk?

Wunder: Wir haben den Puls an der Zeit und können aktuelle Herausforderungen im Bereich der Wärmewende frühzeitig erkennen, voneinander lernen und gemeinsam Lösungen gestalten. Gleichzeitig möchten wir unsere breite Produkt- und Dienstleistungspalette einbringen und sichtbar machen.

EHP: Welche Erfahrungen haben die SWU mit grüner Fernwärme?

Wunder: Für unser größtes Fernwärmenetz in Neu-Ulm (rd. 60 km) haben wir den Wärmetransformationsplan nach BEW-Richtlinien bereits abgeschlossen. In der Umsetzung setzen wir auf innovative und nachhaltige Technologien wie Flusswärmepumpen, Tiefengeothermie und den weiteren Ausbau des Netzes. Wir kennen die Potenziale, aber auch die Grenzen grüner Fernwärme. Dabei betrachten wir das

Konzept ganzheitlich sowohl aus ökologischer als auch ökonomischer Perspektive. Durch unsere Mitarbeit in der kommunalen Wärmeplanung von Ulm und Neu-Ulm bringen wir diese Erfahrungen aktiv ein.

EHP: Inwiefern können Sie anderen Kommunen bei der Wärmewende eine Orientierungshilfe geben?

Wunder: Als enger Partner der regionalen Kommunen verfügen wir über fundiertes Know-how in der Wärmeplanung. Dieses Wissen können wir einbringen, um Kommunen praxisnah zu unterstützen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln.

EHP: Wieso haben Sie persönlich die Patenschaft für das Netzwerk übernommen?

Wunder: Nach 27 Jahren im Fernwärmegeschäft ist es mir ein persönliches Anliegen, Fernwärme nachhaltig weiterzudenken. Meine Position erlaubt mir den direkten Austausch mit Kommunen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um lösungsorientiert und gemeinsam die Wärmewende zu gestalten.

www.gruene-fernwaerme.de

Anzeige

NEWS | MAGAZINE | JOBS | MARKTPARTNER | TERMINE

www.ehp-magazin.de

EURO
HEAT&POWER



Fachinformationen zur
Wärmeversorgung

Im Online-Verbund mit
energie.de



Über 450 Teilnehmer und 60 Aussteller diskutierten beim 30. Dresdner Fernwärme-Kolloquium über Zukunft und Ausbau der Fernwärmeversorgung

Quelle: Laufkötter

30. Dresdner Fernwärme-Kolloquium: Die Wärmewende im Fokus

Am 23. und 24. September 2025 trafen sich im World Trade Center Dresden Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen zum 30. Dresdner Fernwärme-Kolloquium. Die Veranstaltung stellte mit spannenden Vorträgen aus der Praxis und starken Impulsen an die Politik die aktuellen Herausforderungen und Lösungen für die Wärmewende in den Mittelpunkt.

Politische Rahmenbedingungen

Zum Auftakt betonte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer in seiner Grußbotschaft an die Branchenvertreter die Bedeutung klarer gesetzlicher Vorgaben und stabiler Rahmenbedingungen. Beiträge vom

Bundestagabgeordneten Lars Rohwer sowie von Kerstin Deller vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie verdeutlichten, dass die Weiterentwicklung von Wärmeplanungsrecht (WPG), Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) und Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) zentrale Stell-schrauben für den Erfolg der Wärmewende sind.

AGFW-Geschäftsführer Werner Lutsch skizzierte die Zukunft der Fernwärme in Deutschland und formulierte klare Empfehlungen für eine erfolgreiche Wärmewende aus Sicht des Verbands. Die „Hohe Dynamik im Recht der Fernwärme“ stand im Mittelpunkt des Vortrags von Dr. Norman Fricke, Bereichsleiter Recht & Europa beim AGFW. Er

gab einen Überblick über die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung – mit Schwerpunkten auf KWKG und Preisänderungsklauseln sowie einem Ausblick auf die anstehende AVBFernwärmeV-Novelle.

Kommunale Wärmeplanung

Ein weiterer Themenschwerpunkt des ersten Veranstaltungstages lag auf der kommunalen Wärmeplanung. Unter dem Motto „Die kommunale Wärmeplanung – Wo stehen wir in den Bundesländern und Gemeinden?“ diskutierten Fabian Schatz, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, und Thoralf Piwonka, Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit, Ener-

gie und Verkehr (SMWA), den aktuellen Stand der Landesumsetzung und die erzielten Fortschritte. In seinem Impulsvortrag ging Uwe Kluge, Sächsische Energieagentur – Saena GmbH, u. a. auf die bislang wenig beachtete Rolle der Stromkapazitäten in der kommunalen Wärmeplanung ein.

Im Praxisbeispiel aus der Gemeinde Fernwald zeigten Lea Sanchez Gellert von der Gemeinde Fernwald und Matthias Funk, Stadtwerke Gießen und Mitglied im AGFW-Vorstand, unter dem Motto „Die perfekte Zusammenarbeit der zentralen Akteure“, wie Kommunen und Stadtwerke gemeinsam kommunale Wärmepläne und Fernwärmetransformationspläne umsetzen können. Ein weiterer wesentlicher Partner sei dabei die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

In der traditionellen Diskussionsrunde, moderiert von Harald Rapp und Gunnar Maaß, beide AGFW, diskutierten Frank Emrich vom Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V., Erfurt, und Alexander Müller vom vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. die aktuellen gemeinsamen Herausforderungen und Entwicklungen beider Branchen. Interessant war u. a. die Feststellung, dass eine steigende Mieternachfrage nach klimatisierten Wohnungen zu verzeichnen ist – ein Aspekt, der zukünftige Planungen beeinflussen dürfte.

Die Zukunft im Blick hat die AGFW-Studie „Intelligente kommunale Wärmeplanung (iKWP) & dynamische Heizlastberechnung – der zukünftige Wärme- und EE-Erzeugungsbedarf“ unter der Leitung von Rapp, AGFW-Bereichsleiter Stadtentwicklung. Sie befasst sich im Rahmen der kommunalen Wärmeplanungen vor allem mit den zu erwartenden Klimaveränderungen und deren Auswirkungen auf die Heizlast, die Wärmeplanung und

die Erzeugungsinvestitionen. In den Vorträgen von Prof. Markus Blesl, IER Stuttgart, wissenschaftlicher Leiter der Studie, und Prof. Bert Oschatz, ITG Institut für Technische Gebäudeausrüstung Dresden, wurden erste vielversprechende Ergebnisse vorgestellt.

Den Abschluss des ersten Tages bildeten unter dem Titel „Green DH Factory“ – einer Initiative der Plattform Grüne Fernwärme – die beliebten Projektvorträge von Industriefirmen im Business Center des World Trade Centers. In neun Präsentationen wurden Innovationen der Branche vorgestellt: von automatisierter Netzplanung über grabenlose Rohrverlegung bis hin zu Großwärmepumpen und dekarbonisierten Wärmenetzen.

Praxisberichte

Am zweiten Konferenztag stand zunächst die Praxis im Fokus. Fernwärmeversorger und Ingenieurbüros präsentierten konkrete Erfahrungen mit Großwärmepumpen (Ferdinand von Stryk, Gothaer Stadtwerke Energie GmbH; Jörg Theile, Johnson Controls International plc; Dr. Franziska Graube-Kühne, Sachsen-Energie AG, Dresden; Dr. Patricia Stock, Gesa, Dresden), der Schlüsseltechnologie Geothermie (Andreas Lederle, Erdwärme Grünwald GmbH) sowie der Abwärmennutzung in Kläranlagen und Rechenzentren (Dr. Nicolas Löser, Stadtwerke Duisburg AG). Sie verdeutlichten eindrucksvoll die Innovationskraft der Branche. Die Transformationsplanung der Mainova AG (Alexander Scholz, Mainova, Frankfurt a. M., gemeinsam mit Carsten Diermann, LBD Beratungsgesellschaft Berlin) rundete das Bild ab. Wie die Transformation auch mit begrenzten Personalkapazitäten gelingen kann, zeigte ein Praxisbericht der Stadtwerke Stein GmbH von Dr. Andreas Röhl.

Forschung und Innovation

Im Nachmittagsblock des zweiten Tages stellten verschiedene Wissenschaftler ihre neuesten Forschungsergebnisse vor: von der Oberflächengeothermie und der Speicherkapazität von Gebäuden (Dirk Weiß, Technische Universität Dresden), über ein analytisch-numerisches Modell zur Simulation von Wärmespeichern (Bogdan Narusavicius, Technische Universität Dresden, GEVV; Wolfgang Micus, 3S Consult GmbH), bis hin zu den iHAST-Konzepten in der praktischen Anwendung (Dr. Felix Fischer, Sachsen-Energie, gemeinsam mit Elisabeth Wudenska, Technische Universität Dresden) sowie dem Forschungsvorhaben FW-ZFSV 4.0 (Dr. Bernd Wagner, AGFW, gemeinsam mit Eugen Gabriel, GEF Ingenieur AG). Das Programm bot den Zuhörern einen tiefen und facettenreichen Einblick in den aktuellen Forschungsstand.

Fazit

Die Wärmewende ist eine Mammutaufgabe, die nur durch enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Versorgern, Industrie und Kommunen gelingen kann. Dabei spielen technologische Innovationen ebenso eine Rolle wie rechtliche Klarheit und langfristige Planungssicherheit.

Das 30. Dresdner Fernwärme-Kolloquium hat dies einmal mehr deutlich gemacht: Das wissenschaftliche Fachgespräch unter Experten, der direkte Praxisbezug zu den Unternehmen sowie der Austausch über die notwendigen Rahmenbedingungen haben gerade in der heutigen Zeit einen hohen Stellenwert – um der Branche Orientierung zu geben und starke Impulse für eine innovative und nachhaltige Zukunft zu setzen.

www.agfw.de



Im Rahmen der Initiative „Green District Heating Factory“ hatten der AGFW und Yados zu einer Veranstaltung in den Unternehmenssitz im sächsischen Hoyerswerda eingeladen

Quelle: AGFW

Grüne Fernwärme entlang der gesamten Prozesskette

Fernwärme aus klimaneutralen Energien und unvermeidbarer Abwärme ist die Schlüsseltechnologie für das Gelingen der Wärmewende in Deutschland. Wie innovativ die fördernden Mitglieder des AGFW dabei unterwegs sind, zeigt die im Mai 2025 in Dortmund gestartete Initiative des AGFW. Im Rahmen der „Plattform Grüne Fernwärme“ hat der Verband gemeinsam mit seinen Mitgliedern aus der Industrie das Konzept der „Green District Heating Factory“ entwickelt. Dem Netzwerkgedanken der Plattform folgend gibt die herstellende Fernwärmeindustrie ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiter, wie die Fernwärmekomponenten künftig klimaneutral produziert werden.

Gemeinsam mit dem Verband lud das AGFW-Mitglied Yados Anfang November 2025 Interessierte an den Firmensitz ins sächsische Hoyerswerda ein. Dort hatte das zur Hoval Gruppe gehörende Unternehmen am Vortag gemeinsam mit Gästen aus Politik und Partnerunternehmen feierlich seine „Green Factory“ eröffnet. Diese nutzt ein integriertes

Energiekonzept, das aus Photovoltaik, Wärmepumpen, Geothermie, Power-to-Heat und Blockheizkraftwerken besteht. 1500 Solarmodule erzeugen jährlich mehrere Hunderttausend Kilowattstunden Strom. Ergänzend dazu wurden 33 Tiefbohrungen mit bis zu 99 m Tiefe realisiert, die in Verbindung mit Hoval-Wärmepumpensystemen den Wärmebedarf des Gebäudes decken. Bei geringer Sonneneinstrahlung übernehmen zwei mit Ökogas betriebene Blockheizkraftwerke die Strom- und Wärmeerzeugung. Überschüssige Energie wird über eine Power-to-Heat-Anlage in Wärme umgewandelt und gespeichert. Ein digitalisiertes Wärme-/Kältenetz nach iHAST-Standard am Standort (siehe AGFW-Regelwerk FW 703) übernimmt die Verteilung. Ziel ist eine zunehmend CO₂-neutrale Fertigung, die den Vorgaben des EU-Green-Deal entspricht. An der Veranstaltung nahmen 92 Besucher teil, die sich etwa zur Hälfte aus Personen aus Versorgungsunternehmen und Teilnehmern aus der Industrie zusammensetzten.

Harald Rapp, Bereichsleiter Stadtentwicklung und Leiter der Plattform Grüne Fernwärme, sieht die Branche auf einem guten Weg: „Ohne die aktive Mitwirkung der Industrie ist die Energie- und Wärmewende nicht zu schaffen. Die herstellende Fernwärmeindustrie arbeitet bereits an einer dekarbonisierten und nachhaltigen Produktion der Fernwärmekomponenten. Wir freuen uns sehr über das große Engagement unserer fördernden Mitglieder.“

Im Rahmen des Yados-Fernwärmetags erhielten die Teilnehmer in Werksführungen praktische Einblicke in die Green Factory. Verschiedene Fachvorträge zur kommunalen Wärmeplanung, dem iHAST-Standard und der sinnvollen Nutzung von Zählerdaten von Experten der TU Dresden, der sächsischen Energieagentur Saena, des AGFW und von Versorgungsunternehmen sowie dem Hersteller rundeten das Programm ab. Weitere Formate und Inhalte werden verstärkt in 2026 folgen.

www.gruene-fernwaerme.de

Ihr Kompass

auf dem Weg zur Wärmewende

**Praxisbeispiele zur klimaneutralen Wärmeversorgung –
erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung**



**Praxisbeispiele zur kommunalen Wärmeplanung –
Orientierung für die Städte und Gemeinden**

**Praxistaugliche Werkzeuge des AGFW –
die Regelwerke AGFW FW 701 und AGFW FW 702
sowie der Praxisleitfaden „kommunale Wärmeplanung“**



Für weitere Informationen scannen Sie einfach den QR-Code
oder besuchen Sie unsere Website unter www.gruene-fernwaerme.de!

Jetzt mitmachen: Produktatlas Fernwärme



Branchenverzeichnis für
grüne Fernwärme

Kommunen erhalten
Orientierung zu regionalen
Fernwärme-Experten



AGFW-Mitglieder aus ganz
Deutschland zeigen ihr
Leistungsangebot

Übersichtliche Darstellung,
mehrere Filtermöglichkeiten

Schon gelistet?

Zeigen Sie Ihre Expertise im Produktatlas Fernwärme des AGFW!
Mehr Infos und Möglichkeiten zur Teilnahme unter

www.gruene-fernwaerme.de

